

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Rates der Gemeinde Wadersloh im Ratssaal (Tel. 950-104) des Rathauses Wadersloh am 29.04.2008

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:59 Uhr

An
wesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Blessau, Gerhard
RM Böcker-Riese, Hannelie
RM Borghoff, Paul
RM Braun, Stefan
RM Brune, Walter
RM Driftmeier, Josef
RM Eckey, Werner
RM Eilhard-Adams, Maria
RM Fleiter, Albert Josef
RM Fleiter, Ferdinand
RM Gövert, Thorsten
RM Grothues, Klaus
RM Heitvogt, Josef
RM Hollenhorst, Elisabeth
RM Jungilligens, Alfred
RM Marke, Ferdinand
RM Marx, Bernd
RM Moltran, Heike
RM Müller, Frank
RM Nienaber, Ulrich
RM Petertombeck, Paul
RM Preßer, Bernd-Lothar
RM Rühl, Jürgen
RM Sadlau, Verena
RM Schmidt, Erich
RM Steiling, Norbert
RM Steiling, Ulrike
RM Weber, Erwin

RM Weinekötter, Wilhelm-Josef
RM Werner, Helmut

b) von der Verwaltung:

BG Götde, Heinz-Hermann
Herr Blex, Franz
Herr Schomacher, Antonius
Herr Morfeld, Norbert
Herr Ahlke, Elmar

Es fehlten:

RM Bösl, Ulrich
RM Weißenfels, Helmut

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Kurzbericht der Verwaltung
5. Aufbau eines erweiterten gebundenen Ganztagsbetriebs an der Konrad-Adenauer-Hauptschule (SKA 9, P. 9; HA 20, P. 7) SKA 10/08, P. 5
HA 22/08, P. 4
6. Neufestsetzung der Jahreseinkommengrenzen zur Ermittlung der Elternbeiträge für den Besuch der Offenen Ganztagsgrundschulen ab 01.08.2008 durch Beschluss einer Änderungssatzung SKA 10/08, P. 6
HA 22/08, P. 5
7. Jahresabschluss 2006 HA 22/08, P. 8
 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2006
 2. Verwendung des Jahresüberschusses
 3. Entlastung des Bürgermeisters
8. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Klärschlambeseitigungssatzung) HA 22/08, P. 10
9. Einziehung der Gemeindestraße "Industrieweg" HA 22/08, P. 11
10. Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen, Schöffen und Jugendschöffen für die Amtszeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2013 HA 22/08, P. 13
11. Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) HA 22/08, P. 14
12. Antrag der CDU-Fraktion betreffend regenerativer Energien
13. Anfragen der Ratsmitglieder
14. Berichte der Ausschüsse
 - 14.1. Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 24 vom 31.03.2008
 - 14.2. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 10 vom 02.04.2008
 - 14.3. Hauptausschuss Nr. 23 vom 17.04.2008
15. Verschiedenes
 - 15.1. Ratsausflug
 - 15.2. Radwegmarkierung
 - 15.3. DFB-Minispielfeld
 - 15.4. Zusätzliche Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2008

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Rates war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

BM Westhagemann gratulierte RM Preßer zum 60. Geb. und RM Heitvogt zum 67. Geb.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Kurzbericht der Verwaltung

Der vom Beigeordneten nachstehend gegebene Kurzbericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Kurzbericht
der Verwaltung zur Ratssitzung am 29.04.2008

1. 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Wadersloh (im Parallelverfahren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 49 „Herzfelder Straße“)

Die Verfahrensunterlagen zur 14. Änderung des Flächennutzungsplanes sind inzwischen der Bezirksregierung Münster zur Genehmigung vorgelegt worden. Sobald diese Genehmigung vorliegt - die Bezirksregierung hat für diese Überprüfung 3 Monate Bearbeitungszeit - wird diese dann gemeinsam mit dem Bebauungsplan Nr. 49 „Herzfelder Straße“ in der Tageszeitung „Die Glocke“ öffentlich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung werden dann sowohl die Flächennutzungsplanänderung als auch der Bebauungsplan wirksam.

2. PFT im gemeindlichen Klärschlamm

Gemäß Schreiben des Kreises Warendorf vom 28.11.2007 ist der gemeindliche Klärschlamm auf PFT-Belastung untersucht worden. Hierbei haben sich Belastungswerte von 143 - 159 µg/kg TS ergeben, die über dem Grenzwert von 100 µg/kg TS liegen. Der im Januar gepresste Klärschlamm kann daher nicht landwirtschaftlich verwertet werden und wird thermisch verwertet. Die jährlichen Mehrkosten für die Klärschlammverbrennung belaufen sich je nach Klärschlammfall auf 15.000 – 20.000 €

Mit dem Kreis Warendorf wurde die Vorgehensweise zur Findung der PFT-Einleiter besprochen. Nach Aussage des Kreises Warendorf ist es sehr schwierig diese Einleiter zu finden. Es ist im Prinzip nicht klar, in welchen gewerblichen und industriellen Betrieben PFT eingesetzt wird. Der Kreis Warendorf wird der Gemeinde Wadersloh eine Liste der Indirekteinleiter zusenden. Mögliche Einleiter können z. B. Gloria, Knauf, Laukötter oder auch die Flockungshilfsmittel der Klärschlammmentwässerung sein. Für die labortechnische PFT-Untersuchung gibt es heute noch kein festes DIN-Verfahren. Im ersten Schritt sollen die Abwasserströme der drei Ortsteile und vielleicht der Zufluss des Pumpwerk Meerweg auf PFT untersucht werden. Hierdurch kann der PFT-Einleiter vielleicht auf einen Ortsteil begrenzt werden. Diese Arbeiten sollen von einem Untersuchungslabor z. B. Sowa Lippstadt ausgeführt werden. Insgesamt ist das Finden des PFT-Einleiters sehr mühselig, da der PFT-Stoff auch verdeckt in sehr vielen Industriechemikalien sein kann und hier schon seit Jahren z. T. unwissentlich eingesetzt werden darf.

In einem zweiten Schritt soll die PFT-Untersuchung auf einzelne signifikante Gewerbebetriebe ausgedehnt werden. Problem ist, dass der PFT-Wert in den Datensicherungsblättern der einzelnen Produkte zum Teil nicht angegeben ist. Eine schriftliche Befragung aller Gewerbebetriebe wird abgelehnt, da hiervon keine Ergebnisse erwartet werden. Vielmehr werden die Gewerbebetriebe nur verunsichert.

Die durchzuführenden Untersuchungen sollen in enger Abstimmung mit dem Kreis Warendorf erfolgen.

5 Aufbau eines erweiterten gebundenen Ganztagsbetriebs an der Konrad-Adenauer-Hauptschule (SKA 9, P. 9; HA 20, P. 7)

Nachdem der Bürgermeister auf die Beratungen im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport und im Hauptausschuss hingewiesen hatte, erläuterte RM B. Marx, dass die SPD-Fraktion zu den gefassten Beschlüssen stehe. Es gebe allerdings unterschiedliche Auffassungen zum sog. verpflichtenden Ganztage. Dazu äußerte sich anschließend RM N. Steiling. Die Schülerzahl insgesamt gehe in den kommenden Jahren zurück und es gebe eine deutliche Tendenz zum Gymnasium und zur Realschule. Er selber wende sich gegen die Einführung des Verpflichtenden Ganztages an der Hauptschule und nannte als Gründe rechtliche Bedenken, dass dadurch der Unterricht am Nachmittag faktisch eingeführt werde. Er äußerte die Vermutung, dass dafür nicht das Schülerinteresse, sondern die Verhinderung der Schließung der Hauptschule im Vordergrund stehe. Grundsätzlich sei der bessere Weg eine Verknüpfung von Haupt- und Realschule. Laut einem Zeitungsbericht der Tageszeitung „Die Glocke“ habe die Hauptschule in Herzfeld Zulauf aus den Umlandgemeinden, weil dort kein Ganztage vorgegeben werde.

Auch in der FWG-Fraktion gebe es zu diesem Punkt kontroverse Meinungen, so RM Hollenhorst. Mit deutlicher Mehrheit hätten sich die Eltern gegen die Einführung des Ganztages ausgesprochen. Diese Auffassung sollte sich auch in den politischen Entscheidungen widerspiegeln.

RM Müller ging darauf ein, dass im Kreisgebiet Warendorf seines Wissens zweimal die sog. Verbundschule als Lösungsmodell bevorzugt wurde, um die jeweiligen Hauptschulen vor der Schließung zu bewahren. Zum bisher bekannten Elternwillen sei er der Auffassung, dass die Information auf Grund der Kürze der Zeit nicht hinreichend habe erfolgen können. Zum Schuljahresbeginn 2009/2010 gebe es nun bessere Möglichkeiten, die Eltern rundum zu informieren. Allgemein müsse darauf hingewiesen werden, dass der Ganztagsbetrieb der zunehmenden Schulwirklichkeit entspreche und schon insofern die Überlegungen für einen Ganztagsbetrieb logisch seien.

RM Weinekötter hielt die Anregungen von RM N. Steiling für überlegenswert. Die FDP-Fraktion sehe weiteren Beratungsbedarf im Fachausschuss und werde sich deshalb bei der Beschlussfassung enthalten.

RM Eckey nahm Bezug auf die Äußerung von RM N. Steiling, wonach die Einführung des Ganztages nicht gesetzeskonform sei. BG Gödde wies auf § 9 des Schulgesetzes hin. Danach bestehe die Möglichkeit der Einführung des Ganztages und somit sei von der Gesetzmäßigkeit auszugehen. Die Entscheidung des Schulträgers bedürfe jedoch der Zustimmung der oberen Schulaufsichtsbehörde.

Abschließend äußerte BM Westhagemann, dass die zunehmende Zahl der Schüler, die in den Grundschulen am Ganztage teilnehmen, auch für die Einführung eines solchen Angebotes an den weiterführenden Schulen spreche. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnenswert, dass auch an Realschulen demnächst der Ganztage eingeführt werden könne. Die Verwaltung werde diesen Sachverhalt aufarbeiten und in den gemeindlichen Gremien berichten.

Beschluss:

Der Rat beschließt, mit Beginn des Schuljahres 2009/10 den verpflichtenden Ganztagsbetrieb für die Konrad-Adenauer-Hauptschule mit der Klasse 5 einzuführen.

Abstimmergebnis: mehrheitlich angenommen mit einem Verhältnis von 25:03:03 (J:N:E) Stimmen.

6 Neufestsetzung der Jahreseinkommensgrenzen zur Ermittlung der Elternbeiträge für den Besuch der Offenen Ganztagsgrundschulen ab 01.08.2008 durch Beschluss einer Änderungssatzung

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Einkommensgrenzen für die Ermittlung der Elternbeiträge für den Besuch der Offenen Ganztagsgrundschule werden ab 01.08.2008 wie nachstehend aufgeführt neu festgesetzt.

Einkommensgrenze	1. Kind	Geschwisterkinder
bis 15.000 €	10,00 €	5,00 €
bis 25.000 €	20,00 €	10,00 €
bis 37.000 €	30,00 €	15,00 €
bis 49.000 €	50,00 €	25,00 €
bis 61.000 €	70,00 €	35,00 €
über 61.000 €	90,00 €	45,00 €

2. Änderungssatzung zur
Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Erhebung von
Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagsgrundschule im Primarbereich
vom _____

Aufgrund von

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.10.2007 (GV NRW 2007 S. 380),
- §§ 4, 6 und 7 des Kommunalenabgabengesetzes für das Land Nordrhein Westfalen (AG) vom 21.10.1969 (GV NRW S. 712),
- den Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder Nordrhein-Westfalen vom 12. Februar 2003

in den jeweils zzt. geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Wadersloh am _____ folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 3 Abs. 3 der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich vom 30.06.2006 wird wie folgt geändert:

Die Höhe des Elternbeitrages ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Einkommensgrenze	1. Kind	Geschwisterkinder
bis 15.000 €	10,00 €	5,00 €
bis 25.000 €	20,00 €	10,00 €
bis 37.000 €	30,00 €	15,00 €
bis 49.000 €	50,00 €	25,00 €
bis 61.000 €	70,00 €	35,00 €
über 61.000 €	90,00 €	45,00 €

§ 2

Diese Änderung tritt am 01.08.2008 in Kraft.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

7 Jahresabschluss 2006
1. Feststellung des Jahresabschlusses 2006
2. Verwendung des Jahresüberschusses
3. Entlastung des Bürgermeisters

zu 1. Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2006 wird festgestellt. Der Jahresüberschuss beträgt 502.805,81 €

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

zu 2. Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Der Jahresüberschuss 2006 in Höhe von 502.805,81 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

zu 3. Zu Beginn dieses Punktes übergab BM Westhagemann die Sitzungsleitung an die erste stellv. Bürgermeisterin Böcker-Riese.

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Nach Abschluss dieses Punktes übergab die erste stellvertretende Bürgermeisterin Böcker-Riese die Sitzungsleitung wieder an BM Westhagemann.

8 Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Klärschlambeseitigungssatzung)

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die nachfolgend aufgeführte Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Klärschlambeseitigungssatzung) wird beschlossen.

Satzung der Gemeinde Wadersloh vom _____ zur 1. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen (Klärschlambeseitigungssatzung) vom 19.05.1994

Aufgrund von

- §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666)
 - §§ 4, 6, 7, 8 und 10 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW S. 712) und
 - §§ 53, 64 und 65 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV NRW S. 926)
 - in Verbindung mit der Satzung der Gemeinde Wadersloh über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) vom 10. November 1994,
- in den jeweils zz. geltenden Fassungen,

hat der Rat der Gemeinde Wadersloh am _____ folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 12 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt

- | | |
|--|---------|
| a) für die Behandlung eines Kubikmeters Klärschlamm | 16,11 € |
| b) für die Behandlung eines Kubikmeters Abwasser aus abflusslosen Gruben | 1,61 € |
| c) für die Abfuhr eines Kubikmeters Klärschlamm oder eines Kubikmeters Abwasser aus abflusslosen Gruben durch die Gemeinde | 17,85 € |

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

9 Einziehung der Gemeindestraße "Industrieweg"

Der Rat schloss sich der Empfehlung des HA an und fasste folgenden

Beschluss:

Die Straße „Industrieweg“ wird gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV. NRW. Seite 1028, 1996 Seite 81, Seite 143) zuletzt geändert durch Artikel 114 des Gesetzes vom 25. September 2001 (GV. NRW. Seite 708) eingezogen. Die Einziehung ist mit Rechtsbehelfsbelehrung öffentlich bekannt zu machen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

10 Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen, Schöffen und Jugendschöffen für die Amtszeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2013

RM Sadlau wies darauf hin, dass bei ihrem Eintrag auf der Liste als Beruf Beamtin vermerkt sei. Dies müsse in Regierungsbeschäftigte geändert werden.

Die Gesamtliste mit der zuvor genannten Änderung wurde vom Bürgermeister zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Für die Amtszeit vom 01.01.2009 bis 31.12.2013 werden die in den beigefügten Listen aufgeführten Personen zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen sowie der Jugendschöffen vorgeschlagen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung.

Die Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen, Schöffen und Jugendschöffen ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

11 Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Ohne Diskussion kam der Rat zu folgendem

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Die Übersichten über die Ermächtigungsübertragungen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

12 Antrag der CDU-Fraktion betreffend regenerativer Energien

Der Originalantrag der CDU-Fraktion war der Einladung zu dieser Ratssitzung beigelegt und hatte folgenden Wortlaut:

„Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag: Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob das neue Baugebiet „Buschkamp II“ mit regenerativen Energien versorgt werden kann. Wir schlagen vor, den Antrag im Umwelt- sowie im Bau- und Planungsausschuss zu behandeln.“

Bezug nehmend auf Punkt 15.1 aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 17.04.2008 wies RM Petertombeck darauf hin, dass es, wie im Antrag der CDU-Fraktion formuliert, nicht um den Einsatz von erneuerbaren Energien an gemeindeeigenen Gebäuden, sondern um das Baugebiet „Buschkamp II“ gehe.

RM B. Marx verwies in dem Zusammenhang auf ein bereits im Haushaltsplan 2008 festgelegtes Ziel zur Durchführung von Energiesparmaßnahmen an kommunalen Gebäuden. Diesen zusätzlichen Prüfauftrag bezüglich der Versorgung des Baugebietes „Buschkamp II“ sehe er positiv.

RM Hollenhorst zeigte sich erfreut über den Antrag der CDU-Fraktion und erinnerte in dem Zusammenhang an eigene, frühere, ähnlich lautende Anträge.

Hinsichtlich weiterer Fragen zu Details zum Antrag der CDU-Fraktion sowie zur Wortmeldung von RM Böcker-Riese im HA schlug RM B. Marx vor, diese Beratung im zuständigen Fachausschuss zu führen und den Antrag deshalb entsprechend weiterzuleiten.

Beschluss:

Der von der CDU-Fraktion mit Datum vom 19.04.2008 gestellte Antrag (Prüfauftrag an die Verwaltung zur Versorgung des Baugebietes „Buschkamp II“ mit regenerativen Energien) wird zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

13 Anfragen der Ratsmitglieder

Anfragen lagen nicht vor.

14 Berichte der Ausschüsse

14.1 Bau-, Planungs- und Strukturausschuss Nr. 24 vom 31.03.2008

Fragen wurden nicht gestellt.

14.2 Ausschuss für Schule, Kultur und Sport Nr. 10 vom 02.04.2008

Zu Punkt 5 (Aufbau eines erweiterten gebundenen Ganztagsbetriebes an der Hauptschule) merkte RM Sadlau an, dass ihre Stellungnahme zur Ablehnung dieses Beschlusses in der Niederschrift fehle.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

14.3 Hauptausschuss Nr. 23 vom 17.04.2008

Bezug nehmend auf Punkt 15.7 sprach sich RM Hollenhorst gegen die vom Bürgermeister gewählte Vorgehensweise aus. Die gemeindlichen Gremien hätten frühzeitig beteiligt werden müssen. Beispielsweise stelle sich die Frage, ob ein evtl. Radweg an der Winkelhorster Straße nachbenannt werden könne.

BM Westhagemann ging darauf ein, dass grundsätzlich eine Nachbenennung möglich sei. Die Liste könne jederzeit ergänzt werden. Bei der Nennung sei es lediglich darum gegangen, sich als Gemeinde Wadersloh bei Kreis mit möglichen Förderprojekten in Erinnerung zu bringen.

RM Böcker-Riese sah durch die Vorwegnung bestimmter Projekte keinen Nachteil. Der Bürgermeister habe den Rat zeitnah informiert und es gebe nun durchaus die Möglichkeit, die Liste zu ergänzen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

15 Verschiedenes

15.1 Ratsausflug

RM B. Marx äußerte den Wunsch, nun abschließend einen Termin und ein Programm für den Ratsausflug, der spätestens direkt nach den Sommerferien stattfinden sollte, festzulegen. BG Gödde ging darauf ein, dass er seinerseits darauf im nichtöffentlichen Teil zurückgekommen wäre. Als Vorschläge lägen vor:

- eine gemütliche Zusammenkunft in Wadersloh oder in der näheren Umgebung,
- ein Besuch der Kreisstadt Warendorf mit Programm sowie
- ein Besuch der Landesgartenschau in Rietberg.

Ergebnis:

Dieser Punkt wird unter „Verschiedenes“ im nichtöffentlichen Teil weiter beraten.

15.2 Radwegmarkierung

RM Hollenhorst wies auf ein neues Radwegstück im Bereich Beckumer Straße / Westkampstraße hin. Dort fehle eine Markierung des Radweges.

Ergebnis:

Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen und wenn möglich Entsprechendes veranlassen.

15.3 DFB-Minispielfeld

RM Brune bat bezüglich des DFB-Minispielfeldes in Liesborn um einen Sachstand. BM Westhagemann teilte mit, dass die Baugenehmigung erteilt sei. Der mit dem Deutschen Fußballbund (DFB) zu schließende Vertrag sei von diesem noch nicht vorgelegt. Ein Abstimmungsgespräch mit dem Sportverein werde in Kürze folgen. RM Brune fragte, ob seitens des DFB ein Termin vorgegeben worden sei.

Der Vertrag liegt zwischenzeitlich vom DFB gegengezeichnet vor und als Termin wurde die 28. KW vorgegeben.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

15.4 Zusätzliche Sitzung des Hauptausschusses am 17.06.2008

Die Bauhofuntersuchung durch das Gemeindeprüfungsamt (GPA) befindet sich in der Endphase. Da eine zeitlich umfangreiche Beratung zu erwarten ist, sollen die Ergebnisse und notwendige Entscheidungen in einer separaten Sitzung des Hauptausschusses, die für den 17.06.2008 geplant ist, behandelt werden.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Ende des öffentlichen Teils dieser Sitzung 17:50 Uhr

Bürgermeister

Schriftführer

stellv. Bürgermeisterin
P. 7.3